

Sonntag, 22. Dezember 2024

## ANFRAGEBEANTWORTUNG (LT. SATZUNG DER ÖH)

**FRAKTION:** AktionsGemeinschaft (AG)  
**MANDATAR\_IN:** Maximilian Veichtlbauer  
**DATUM DER ANFRAGE:** 13. Dezember 2024  
**GERICHTET AN:** Referat für pädagogische Angelegenheiten  
der ÖH Bundesvertretung

### 1) Wie viele Studierendenvertreter\_innen waren beim 2. Vernetzungstreffen zur Lehramtsreform anwesend?

Die Teilnehmer\_innenanzahl fluktuierte im Verlauf des Calls, zum Höchststand waren 13 Studierendenvertreter\_innen anwesend.

### 2) Wie viele Unterschriften konnten bei der Flyer- und Unterschriftenaktion am 9.12. für „Politische Bildung als eigenes Unterrichtsfach“ gesammelt werden und wird es hier eine weitere Sammelaktion geben?

Da es sich um eine digitale Petition handelt und wir bei der Flyeraktion keine physischen Unterschriften sammelten, kann die genaue Zahl nicht festgestellt werden. Der Vergleich der gesammelten Unterschriften vor und nach der Aktion lässt auf rund 80-100 durch die Aktion gesammelte Unterschriften schließen. Eine weitere Sammelaktion ist nicht fix geplant, wir werden jedoch nach einem weiteren Aufruf per Newsletter evaluieren, welche Aktionen am meisten Unterschriften einbringen, und gegebenenfalls eine weitere Flyeraktion durchführen.

### 3) Was waren die Ergebnisse der Austauschtermine mit der Sektion II im BMBWF?

#### 12. Oktober 2024:

- Schnelle Veröffentlichung der Lehramtsreform ist notwendig für Klarheit für Studierende
- ÖH & BMBWF wollen ein 3 + 2 Modell im Lehramt
- ÖH fordert Übergangsregelungen, ECTS-Gerechtigkeit und keine Kürzung der PPS in der Lehramtsreform und ist sich hierin mit BMBWF einig
- ÖH schlägt Abschaffung der Kombinationspflicht in der Sekundarstufe vor, dies wird von Seiten des BMBWF sehr kritisch gesehen
- ÖH spricht Überbelastung von Studierenden im Schuldienst an und erläutert Mindestforderungen (u.a. Studiengebühren für Studierende im Schuldienst streichen, leichtere Anrechenbarkeit), BMBWF erkennt das Problem und möchte in der Lehramtsreform berufsbegleitende Möglichkeiten stark ausweiten, BMBWF bittet um Zusendung von Fällen, wo auch in berufsbegleitenden Studien Lehrveranstaltungen am Vormittag stattfinden
- ÖH fragt nach geplanten dienstrechtlichen Änderungen zum Schutz von Studierenden im Schuldienst und schlägt konkrete Maßnahmen vor (zB maximale Lehrverpflichtung während des Bachelorstudiums), BMBWF ist diesbezüglich noch etwas im Zwiespalt
- ÖH bringt grobe Forderungen bezüglich Quereinstiegs ein: pädagogische Ausbildung muss im Vordergrund stehen (schon vor dem Einstieg), (fertige) Lehramtsstudierende sollen selbes Gehalt verdienen und bei Dienststellen vorgezogen werden, Thema wird verschoben

#### 21. März 2024:

- Wichtigste Punkte aus der Stellungnahme der ÖH zur Lehramtsreform werden besprochen, insbesondere die zu kurzen Fristen und die „kann“-Bestimmung für das professionsbegleitende Studium. Das BMBWF nimmt sich insbesondere die Kritik an den zu kurzen Fristen mit. ÖH und BMBWF sind sich einig, dass die Übergangsregelungen für Studierende und Anrechnungsmöglichkeiten großzügig gestaltet werden müssen und

niemand durch die Umstellung länger studieren müssen darf. Weiters werden Nachfragen zum Gesetzestext geklärt, zB was mit „angrenzendem Altersbereich“ genau gemeint ist.

- Viele Punkte betreffen die konkrete Curriculumsausarbeitung der Hochschulen, wobei das BMBWF einige von der ÖH angesprochene Punkte an die Hochschulen weitertragen wird: Professionsbegleitung ausweiten und ernstnehmen, ECTS-Gerechtigkeit, inhaltliche Neugestaltung der Curricula und nicht bloßes Verschieben/Streichen von Lehrveranstaltungen.
- Der im HG fehlende Grundsatz der Vereinbarkeit mit Betreuungspflichten wird besprochen, BMBWF wird sich anschauen, warum er sich im UG, aber nicht im HG findet. BMBWF erklärt jedoch, dass es keinen faktischen Unterschied macht, da es konkretere Regelungen zu Betreuungspflichten auch im HG gibt.
- Entwertung des Lehramtsstudiums Primarstufe durch die kürzere Studienzeit bei einer Erweiterung der Lehrberechtigung von der Sekundar- auf die Primarstufe als umgekehrt wird besprochen. BMBWF stimmt teilweise zu, daran wird sich rechtlich allerdings nichts ändern.
- Forderungen von „Freizeitpädagogik bleibt“ werden besprochen, sind BMBWF bekannt
- Quereinstieg: Kritik der ÖH und Studierenden wird vorgebracht, BMBWF findet es sehr wichtig und sieht keine Benachteiligung für Lehramtsstudierende, zum nächsten Termin wird die Projektleitung von Klasse Job eingeladen

#### 20. Juni 2024:

- Berufsbegleitung: Verschiedene gute und schlechte Modelle werden von Seiten der ÖH andiskutiert und gemeinsam besprochen. BMBWF ist das Thema ein großes Anliegen und pocht bei den Hochschulen auf verstärktes Angebot. Lehramtsreform war ein wichtiger Schritt dahin. Muss aber auch tatsächlich angeboten werden, im Gesetz gibt es nur eine „kann“-Bestimmung. BMBWF trägt Nachdruck der ÖH weiter an die Hochschulen.
- Lehrveranstaltungsangebot: Derzeit viele Beratungsfälle an der ÖH zu fehlenden Lehrveranstaltungsplätzen, überfüllten Wartelisten und dadurch ausgelöste Studienzeitverzögerungen. BMBWF natürlich nicht erste Anlaufstelle, aber es scheint gerade österreichweit Thema zu sein. BMBWF trägt es an Hochschulen weiter.
- Quereinstieg/Klasse Job: Projektleitung von Klasse Job berichtet über aktuelle Zahlen zu Quereinsteiger\_innen und Mangelfächern. Es gibt kaum Abbrüche von Quereinsteiger\_innen und vakante Posten konnten durch das Projekt gut gefüllt werden. Dass sich Lehramtsstudierende benachteiligt fühlen, ist für BMBWF unverständlich, da es keine Bevorzugung von Quereinsteiger\_innen gebe und in einigen Jahren Lehramtsstudierende am „längeren Hebel“ sitzen werden, wenn Lehrpersonenmangel vorüber ist. ÖH fordert qualitative pädagogische Ausbildung von Quereinsteiger\_innen schon vor dem Einstieg, BMBWF stimmt zu, Ausbildung vor Einstieg kann aber praktisch nicht verlangt werden.

#### 24. Oktober 2024:

- Lateinergänzungsprüfung: UBVO wurde sich schon angeschaut, BMBWF und sogar Unis wären für die Abschaffung, aber es gibt großen Widerstand von manchen Instituten
- Berufsmöglichendes Studieren: Zuerst werden Vollzeitstudien ausgearbeitet, BMBWF ist aber sehr dahinter und es ist ihnen ein sehr großes Anliegen. ÖH gibt nochmal mit, etwas Druck auf die Hochschulen auszuüben.
- Vermeidung von längerem Studieren in der Primarstufe bei Umstieg von 4-jährigem Bachelor auf 2-jährigen Master: gesetzlich sind die Übergangszeiten klar geredet, ÖH soll Thema aber nochmal in die RÖPH tragen, um die Hochschulen darauf aufmerksam zu machen
- Äquivalenzlisten für Anrechnungen bei Curriculaumstellungen: Wäre eine große Erleichterung für die Studierenden, BMBWF kann dies nicht vorschreiben, der rechtliche Rahmen muss eingehalten werden. Bei den ersten großen Problemen kann sich ÖH an BMBWF wenden. BMBWF ist stressfreier Umstieg auch ein Anliegen und hofft auf gute Umsetzung durch die Hochschulen.
- Dienstrechtsnovelle: Thema wird nur angeschnitten, da es nicht im BMBWF liegt. BMBWF war von der schnellen Durchsetzung auch überrascht. Frage, ob mit dem Verbot der Klassenführung auch die Primarstufe gemeint ist, verneint BMBWF. BMBWF bietet an, bei einem zukünftigen Termin auch eine\_n Expert\_in für Dienstrecht zum Austauschtermin einzuladen, ÖH nimmt das Angebot gerne an, da immer wieder dienstrechtliche Fragen aufkommen.
- Starke Kürzungen der PPS: Sind eigentlich nicht im Sinne des BMBWF, aber rechtlich möglich. ÖH merkt an, dass Schwankungsbreiten im Gesetz oft von den Hochschulen ausgenutzt werden und so formuliert werden sollten,

dass auch die Untergrenze eine akzeptable Lösung ist. In vielen neuen Curricula zeichnen sich jetzt auch viel weniger Wahlmodule ab, das muss aber an die Hochschulen direkt getragen werden.

- Anrechnungen BaFeP/BaKip an der KPH Wien/NÖ sehr dürftig. Wird nur angeschnitten, da auch ein Thema für die RÖPH oder direkt die Hochschule.

**4) Wie viele Studierendenanfragen und Beratungsfälle gab es seit Beginn des Wintersemesters 2024/2025?**

Die Beratungszahlen werden in der Statistik aller bildungspolitischen Referate nur nach Hochschultyp getrennt geführt. Die Zahl der Studierendenanfragen von Pädagogischen Hochschulen beläuft sich im Wintersemester 2024/2025 bisher auf 31. Nach Rücksprache mit unserer Juristin ist davon auszugehen, dass die Anfragenzahl von Lehramtsstudierenden an Universitäten mindestens genauso hoch, wenn nicht höher, ist. Durch diese Hochrechnung würde man auf mindestens 60-70 Beratungsfälle seit Beginn des Wintersemesters kommen.